19. Wahlperiode 09.03.2021

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

- Drucksachen 19/26825, 19/27437 -

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes über die Personalkostenerstattung für zugewiesene Beamtinnen und Beamte

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Marcus Bühl, Christoph Meyer, Victor Perli und Sven-Christian Kindler

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) die Personalkostenerstattung für zugewiesene Beamtinnen und Beamte nur einstellen kann, wenn vor dem 1. Januar 2020 die zugrunde liegende Rationalisierungsmaßnahme vollzogen wurde.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für den Bundeshaushalt entstehen kumuliert bis 2025 geschätzte Minderausgaben von 16,8 bis 25,2 Mio. Euro.

Im Einzelnen:

Jahr	Minderausgaben in Mio. Euro
2020	0,8 bis 1,2
2021	1,6 bis 2,4
2022	2,4 bis 3,6
2023	3,2 bis 4,8
2024	4,0 bis 6,0
2025	4,8 bis 7,2

Für die Länder entstehen keine Haushaltsausgaben.

Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger Keiner.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht ein negativer Erfüllungsaufwand in Höhe von 5.000 Euro.

Weitere Kosten

Für die DB AG entstehen jährlich geschätzte zusätzliche Kosten von 0,8 bis 1,2 Mio. Euro. Kumulativ bedeutet dies bis 2025 geschätzte Mehrkosten von 16,8 bis 25,2 Mio. Euro. Auswirkungen auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben. Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 3. März 2021

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer

Vorsitzender

Eckhardt RehbergDennis RohdeMarcus BühlBerichterstatterBerichterstatterBerichterstatter

Christoph Meyer Victor Perli Sven-Christian Kindler

Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatter